

Inhalt

I. Zahlung von Rentenbeiträgen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen	1
1. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen	1
2. Erstes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegestärkungsgesetz – (PSG I)	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

I. Zahlung von Rentenbeiträgen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 sind nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI). Die dementsprechend zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge tragen die Pflegekassen, die privaten Versicherungsunternehmen und anteilig auch die Beihilfefestsetzungsstellen. Die Höhe der abzuführenden Beiträge ist auf der Basis der sog. Bezugsgröße abhängig von der Pflegestufe der gepflegten Person sowie dem zeitlichen Aufwand der Pflege (§ 166 Abs. 2 und 3 SGB VI).

Das BMI hat mit RdS vom 23. Dezember 2014 aufgrund der ab 1. Januar 2015 veränderten Bezugsgröße sowie des verringerten Beitragssatzes die ab diesem Zeitpunkt für die Abführung von Rentenbeiträgen maßgebenden Beträge bekanntgegeben. Eine Veröffentlichung im GMBL ist vorgesehen.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Länder in vergleichbaren Bekanntmachungen diese Beträge ebenfalls als beihilfefähig eingestuft haben.

1. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen

Die Finanzierung für Leistungen im Zusammenhang mit Organspenden und -Transplantationen erfolgt auf der Basis des Transplantationsgesetzes (TPG) nach besonderen Grundlagen:

- Die Vergütung der Organtransplantation, die bei der erkrankten Person durchgeführt wird, erfolgt in Form einer Fallpauschale (DRG).

- Die Kosten der Entnahme sowie die Aufwendungen des Transports des zu implantierenden Organs zum Krankenhaus des Organempfängers werden über eine neutrale Institution – die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) – mit Hilfe von Pauschalen gegenüber dem Organempfänger bzw. dessen Krankenkasse bzw. Krankenversicherung abgerechnet.

Mit RdS vom 28. Januar 2015 hat das Bundesministerium des Innern die im Jahr 2015 im Rahmen von Organtransplantationen anfallenden Pauschalen, die beihilfefähig sind, bekanntgegeben:

- 18.087 Euro je transplantiertem Organ, für das kein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.
- 25.888 Euro bei extrarenalen Organen (z. Z. Herz, Leber, Lunge, Pankreas und Darm) je transplantiertem Organ, für das ein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.
- 43.881 Euro zusätzlich zu den vorstehend genannten Pauschalen je transplantiertem Herz, für das ein OCSTM-Einsatz durchgeführt wurde. Hierbei handelt es sich um ein besonders aufwändiges Transportsystem.

Das RdS wird demnächst im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Länder in vergleichbaren Bekanntmachungen diese Beträge ebenfalls als beihilfefähig einstufen werden.

2. Erstes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegestärkungsgesetz – (PSG I))

Die Leistungen der Pflegeversicherung, die 1995 eingeführt wurden, wurden seit diesem Zeitpunkt mehrfach den aktuellen Entwicklungen angepasst. Das Recht der Pflegeversicherung soll noch in dieser Legislaturperiode umfassend in zwei Schritten reformiert werden. In einem ersten Schritt werden durch das PSG I vom 17. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2222) zunächst umfangreiche Leistungsverbesserungen eingeführt. Das PSG I ist seit 1. Januar 2015 in Kraft. In einem künftigen zweiten Schritt soll eine Neudefinition des bisherigen Begriffs der Pflegebedürftigkeit erfolgen.

Damit haben Pflegebedürftige seit 1. Januar 2015 insbesondere Anspruch auf folgende Leistungsverbesserungen:

- Erhöhung folgender Höchstbeträge
- Inanspruchnahme der Leistungen von Pflegekräften,
- Pflegepauschale (Pauschalbeihilfe),
- Beratungsbesuche,

- wohnumfeldverbessernde Maßnahmen,
- Betreuungs- und Entlastungsleistungen,
- vollstationäre Pflege.
- Neugestaltung der Bestimmungen bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Leistungen der Tages- und Nachtpflege sowie Berufspflegekräften bzw. der Pflegepauschale.
- Erweiterung der Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Verhinderungspflege bzw. Kurzzeitpflege mit gegenseitigen Übertragungsmöglichkeiten bei noch nicht ausgeschöpften (Rest-)Ansprüchen.
- Erweiterung des Anspruchs auf Vergütungszuschläge im Fall einer vollstationären Pflege.

Um auch für Beihilfeberechtigte den durch den Bundesgesetzgeber beschlossenen neuen Leistungsrahmen des SGB XI zu gewährleisten, ist im Vorgriff auf eine Änderung der BBhV eine beihilferechtliche Vorgriffsregelung erforderlich.

Das BMI hat entsprechende Regelungen in Form des RdS. vom 23. Dezember 2014, D 6 – 31007/1#3, das mit einem weiteren RdS gleichen Datums berichtigt



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.304 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.

[\[Mehr Info\]](#)

wurde, getroffen. Es ist davon auszugehen, dass in den Ländern aufgrund vergleichbarer eigenständiger Vorgriffsregelungen entsprechend verfahren wird.

*Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
München*

II. Neues auf Rehmnetz

News:

[Rheinland-Pfalz: Kabinett beschließt höheres Pensionsalter für Beamte](#)

[Bayern als Vorreiter bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ein Geschenk mit kuriosen Folgen: Lehrerin zahlt 4000 Euro Strafe](#)

[Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten](#)

[Maßnahmeverbot wegen bereits erfolgter strafrechtlicher Ahndung](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)